

Der Beginn politischen Lebens in Deutschland

1. Der Beginn politischen Lebens und die Entstehung der Länder in den Westzonen

In den ersten Jahren nach Kriegsende (-48) existierte keine einheitliche Deutschlandpolitik der Westmächte. Zwar war man sich einig über die staatlich-gesellschaftlichen Grundprinzipien des zu errichtenden Staates, doch waren die Wege zur Erreichung dieses Ziels und vor allem das Tempo ihrer Durchführung unterschiedlich. Während für die USA zunächst die Bestrafung Deutschlands dominierte, verließ die britische Regierung unter Attlee die Konzeption Churchills und verhielt sich in ihrer Deutschlandpolitik abwartend. Frankreichs Haltung wurde bestimmt von einem ausgeprägten Sicherheitsdenken. Aus diesen Gründen verlief der Aufbau des politischen Lebens, die Etablierung einer deutschen Selbstverwaltung in den Zonen in verschiedener Form und in unterschiedlichem Tempo. Trotz der in Potsdam beschlossenen gemeinsamen Ziele gelang es den Alliierten auch in diesem Bereich nicht, eine einheitliche Viermächtepolitik zustande zu bringen.

Als Folge dieser Entwicklung gingen die Militärgouverneure dazu über, auch in diesem Punkt nach eigenem Ermessen zu handeln. Hierbei zwang die forcierte Entwicklung in der SBZ vor allem die Briten und Amerikaner, ihre diesbezüglichen Absichten schneller als geplant in die Tat umzusetzen. Als erste schufen die Amerikaner die formalen Voraussetzungen für die Zulassung von Parteien. Seit Ende August 45 erlaubten sie Parteigründungen auf Kreisebene, seit November auf Länderebene und im Frühjahr 46 auf Zonenebene. Im Gegensatz dazu förderten die Briten von Anfang an die Errichtung zentraler Parteizentren. Daraus ergab sich die führende Rolle dieser Parteien in den Westzonen (5.2.46: CDU). Am langsamsten ging die Entwicklung in der französischen Zone vor sich.

1.1. Die amerikanische Zone

Politische Zielvorstellungen → Direktive JCS 1067

- Endgültige Ausschaltung Deutschlands als gefährlicher Machtfaktor durch wirtschaftliche Schwächung. Noch am 26. März 1946 stimmten die USA einem Beschluss des alliierten Kontrollrats zu, der für das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands relativ niedrige Produktionshöchstzahlen erlaubte;
- auf staatlichem Gebiet → Demokratie nach amerikanischem Vorbild, also ein Bundesstaat mit starker Betonung des föderativen Elements durch Stärkung der Regierungsgewalt auf Länderebene;
- seit Mitte 1946 änderte sich die Einschätzung der UdSSR durch die USA → die Funktion Deutschlands als Prellbock gegen den Kommunismus wird außenpolitisch vorrangig.

Entwicklung:

- Vergleichen mit der britischen und vor allem der französischen Zone rasche Entwicklung, begünstigt durch weitgehende Erhaltung der territorialen Vorkriegsverhältnisse und möglichst großflächiger Lösungen insgesamt:
- 28. 5.1945: **Fritz Schäffers** wird erster Regierungschef einer provisorischen bayerischen Regierung
- 19. 9.1945: Konstituierung der Länder Bayern (ohne Pfalz), Württemberg-Baden und Großhessen, denen am 21.1.1947 Bremen als Enklave (Einfuhrhafen für die US-Streitkräfte) folgte → Regierungschefs, die auf der Basis von Koalitionsregierungen (SPD, CDU/CSU, F.D.P., KPD) unter Aufsicht der Militärgouverneure tätig waren
- 17.10.1945: Zusammenfassung der drei Länder zu einem "**Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets**" mit Sitz in Stuttgart. Aufgabe: Lösung aller Fragen, die über das Gebiet eines der beteiligten Länder hinausgehen (Flüchtlingsfragen, Lebensmittelversorgung, Ankurbelung der Wirtschaft) → 6.11.1945 Beginn der Arbeit
- 15.11.1945: Gemeinden und Kreise erhalten Selbstverwaltungsrechte
- **26.12.1945: Erste freie Wahlen in Deutschland seit 1933 (Gemeinderatswahlen)**
- Sommer 1946: Verfassungsgebende Versammlungen erarbeiten Länderverfassungen, die - nach Genehmigung durch die Besatzungsmacht - im November/Dezember 1946 durch Volksabstimmung in den drei Ländern in Kraft gesetzt wurden
- Jan.-Nov.46: Landtagswahlen

1.2. Die britische Zone

Politische Zielvorstellungen:

- Föderalistischer Staat mit einheitsstaatlicher Tendenz nach britischem Vorbild;
- soweit möglich Rückgriff auf die historische Entstehung der Länder;
- Steigerung und Förderung der deutschen Industrie im europäischen Interesse.

Entwicklung:

- Zögernder Neuaufbau, da sehr unterschiedliche wirtschaftliche Struktur der Zone (agrarischer Norden und Osten, industrieller Westen) und die zwei Problembereiche Preußen (Zerstückelung) und Ruhrgebiet (Integration in ein Bundesland?)
- zunächst Betonung örtlicher Verwaltungsbereiche (local government)
- 15. 2.1946: Bildung des Zonenbeirats (Sitz: Hamburg), der beim Aufbau der Länder und der Schaffung einer deutschen Verwaltung in der Zone beratenden Funktion hat
- Frj. 1946: Schaffung einer zentralen Verwaltung und zentraler Zonenämter (vgl. Ministerien), die als echte Hilfsorgane unter deutscher Leitung fungieren

- Juli 1946: Konstituierung des Landes Nordrhein-Westfalen, wodurch Großbritannien die Ansprüche der UdSSR und Frankreichs auf Einfluss im Ruhrgebiet verhindert
- 23. 8 1946: Auflösung Preußens → Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg werden in den folgenden Monaten geschaffen
- Ende 1946/47: Landtagswahlen

1.3. Die französische Zone

Politische Zielvorstellungen:

- Dauerhafte Schwächung Deutschlands durch Abtrennung der Wirtschaftszentren an Rhein und Ruhr
- Schaffung eines deutschen Staatenbundes mit völlig souveränen Gliedstaaten und begrenzten Befugnissen der Bundesorgane
- Ausnützung der Wirtschaftskraft des Saarlandes

Entwicklung:

- Zentralistische Verwaltung der Zone ohne Mitwirkung überregionaler deutscher Stellen
- langsame Bildung kleinerer Verwaltungseinheiten, die jedoch streng überwacht und kontrolliert wurden
- 30. 8 1946: Konstituierung des Landes Rheinland-Pfalz (ehemals bayerische Pfalz und angrenzende hessische und ehemals preußische Gebiete)
- Bis Nov. 1947: Bildung weiterer Länder: Baden, Württemberg-Hohenzollern. Das Saarland erhält einen Sonderstatus durch die wirtschaftliche Angliederung an Frankreich (Franc als Währung, Zollgrenzen zum übrigen Deutschland)
- aus den Länderverwaltungen entstehen langsam Länderregierungen, die beratende Funktion haben
- über den Länderregierungen existieren nur sehr schwache deutsche Zentralinstitutionen, die so genannten "Hilfsbüros", die reine Verwaltungsdirektionen sind und allein von Frankreich besetzt werden

2. Parteigründungen in den Westzonen

zögernde Parteizulassung auf regionaler Basis seit 1945 (KPD, SPD, CDU, CSU, F.D.P.)

ab 1946 allmählich überregionale zonenübergreifende Parteien (Bundesorganisationen z.T. erst nach 1949)			
SPD	CDU	CSU	FDP
Kurt Schumacher	Konrad Adenauer	Josef Müller (Ochsensepp)	Theodor Heuss
Sozialismus durch Klassenkampf und Menschenrechte	Christlich-liberale Demokratie	Christlich-liberale Demokratie	Liberale Demokratie
Aufteilung des Großgrundbesitzes Sozialisierung von Großindustrie, Banken, Verkehrsmitteln	Zunächst: Wirtschaftsprogramm gegen Großkapital (Ahlen 1947) ab 48/49: Programm der Sozialen Marktwirtschaft (Düsseldorfer Programm 1949)	Sozialpflichtigkeit des Eigentums (gegen Plan- wirtschaft und Wirtschafts- liberalismus) Förderung des Mittelstandes	Wirtschaftsliberalismus gemildert durch staatliche Wettbewerbsordnung
Zentralismus	Föderalismus	Föderalismus	Föderalismus
Europäische Einbindung Deutschlands			
Deutsche Einheit			

Trotz der in Potsdam beschlossenen gemeinsamen Ziele gelang es den Alliierten auch in diesem Bereich nicht, eine einheitliche Viermächtepolitik zustande zu bringen. Die Gründe sind immer dieselben:

- Frankreich - an der Konferenz in Potsdam nicht beteiligt - stimmte nun im Kontrollrat gegen alle Maßnahmen, die ein einheitliches Deutschland zum Ziel hatten (---» Blockade der "Reichszentralen" der im Juni 1945 in der SBZ zugelassenen Parteien SPD, KPD, CDUD, LDPD)
- ideologische und machtpolitische Differenzen zwischen Ost und West, die ihren Ausdruck in der völlig konträren Auslegung elementarer Begriffe fand (z.B. Demokratie)

Als Folge dieser Entwicklung gingen die Militärgouverneure der vier Zonen schon wenige Wochen nach Potsdam dazu über, das Abkommen auch in diesem Punkt nach eigenem Ermessen durchzuführen. Hierbei zwang die forcierte Entwicklung in der SBZ die westlichen Besatzungsmächte (vor allem USA und GB), ihre diesbezüglichen Absichten schneller als geplant in die Tat umzusetzen. Als erste schufen die Amerikaner in den Westzonen die formalen Voraussetzungen für die offizielle Zulassung von Parteien. Seit **Ende August 1945** erlaubten sie **Parteigründungen auf Kreisebene**, seit **November auf Länderebene** und im **Frühjahr 1946 auf Zonenebene**. Im Gegensatz dazu neigten die Briten, die parteipolitische Aktivitäten noch vor den Amerikanern tolerierten (schon am **6.8.1945** erklärte Montgomery, die britische Militärregierung stimme der Bildung freier Gewerkschaften und demokratischer Parteien zu), dazu, die rasche Einrichtung **zonaler Parteizentren** besonders zu fördern (---» 5.2.1946: Die CDU existiert als gesamtzonale Partei). Dadurch wurden die Parteien in der britischen Zone relativ früh im großen Rahmen organisiert und geleitet (à Führungsanspruch Konrad Adenauers). Daraus ergab sich ihre führende Rolle in den Westzonen.

Am langsamsten ging die Entwicklung in der französischen Zone voran. Dort wurden die rechtlichen Grundlagen für die Lizenzierung von Parteien erst gegen Ende 1946 geschaffen. Parteipolitische Kontakte über die Zone hinaus wurden ebenso verboten, wie die Gründung einer überzonalen Partei. Der Name "Deutschland" durfte in Baden z.B. nicht im Parteinamen vorkommen.

Schon vor den offiziellen Parteigründungen war es bereits seit Ende des Krieges zur Sammlung von politisch Gleichgesinnten und ersten illegalen Parteigründungen auf lokaler Ebene gekommen. Diese wurden von den Alliierten in der Regel toleriert, sofern sie einer eingehenden Überprüfung standhielten. Konsequenterweise schlossen sich Katholiken und Protestanten in einer Partei zusammen (Sammlungsbewegung gegen Parteienzersplitterung), vereinigten sich gewerkschaftlich interessierte Gruppen mit der SPD, fanden sich liberale Gruppen mit dem Ziel, eine neue Aufspaltung der Liberalen zu verhindern. Die Parteienlandschaft wurde so im Vergleich zur Weimarer Republik kleiner, die Parteien selbst waren jedoch wesentlich stabiler.

Am Ende dieser Entwicklungsphase wiesen die Parteien in allen drei Westzonen sehr ähnliche Strukturen auf. Alle hatten sie einen Kern von vier Parteien (SPD, KPD, Unionsparteien, FDP), in denen im Verlauf der dritten und vierten Legislaturperiode die kleinen Parteien aufgingen.

Probleme:

- Das Misstrauen der Alliierten gegenüber allen Zusammenschlüssen konnte nur langsam überwunden werden
- GB und die USA wünschten ein Zwei-Parteien-System und gaben die deutschen Gegebenheiten nur widerwillig nach
- zunächst standen nur wenige erfahrene Politiker zur Verfügung, die von der Entnazifizierung nicht betroffen und von ihrer Vergangenheit her unbelastet waren

allgemeine Zielsetzungen:

Die Diskussion wurde vor allem von zwei Faktoren bestimmt:

- von den konkreten Ereignissen der letzten drei Jahrzehnte
- von dem Streben nach völliger politischer, geistiger und moralischer Erneuerung

Daraus ergaben sich als wesentliche Ziele:

- eine möglichst rasche Bildung von demokratisch orientierten politischen Gruppierungen, die auf die Besatzungsmächte bei der künftigen Gestaltung Deutschlands Einfluss nehmen konnten
- die Abwehr einer Radikalisierung durch die Etablierung demokratischer Parteien und die Durchsetzung ihrer staatlichen und verfassungsrechtlichen Vorstellungen

2.1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Gründung:

- 19. 4.1945: kurz nach der Besetzung Hannovers beschließen Dr. Kurt Schumacher und andere Sozialdemokraten die Gründung der SPD
- 6. 5.1945: auf der Gründungsversammlung des Ortsvereins Hannover werden die Grundlagen des **demokratischen Sozialismus** festgelegt
- August 45: die ersten Landesverbände entstehen
- der rasche Neubeginn der SPD ist auf die lange Tradition der Partei zurückzuführen, die auch durch das 3. Reich nicht völlig unterbrochen wurde
- zunächst bestanden Tendenzen, sich mit den Kommunisten (in allen Zonen zugelassen!) zusammenzuschließen à von Schumacher vereitelt
- Integration des Exil-Vorstandes in London, vertreten durch Erich Ollenhauer

Selbstverständnis:

- Umwandlung der Klassenpartei zur Volkspartei durch
 - a) Aufgabe der starren politischen Konzeption in weltanschaulichen Fragen
 - b) deutliches Absetzen von den Kommunisten
 - c) bei gleichzeitiger Betonung eines demokratischen Sozialismus

Zielsetzung

- Übernahme der politischen Führung in Deutschland
- Verknüpfung von demokratischer Freiheit nach innen mit nationaler Souveränität nach außen
- Westorientierung, jedoch Ablehnung einer Westintegration, da sie, ebenso wie die Wiederbewaffnung, die

- Wiedervereinigung be- bzw. verhindern würde
- eine Wirtschaftsordnung, die durch eine globale Steuerung der Wirtschaft durch Staat und Gesellschaft, vor allem gegenüber den Großunternehmen bestimmt sein sollte
- Schaffung eines Einheitsstaates, Ablehnung eines lockeren Bundes von Einzelstaaten

2.2. Die Christlich-Demokratische Union (CDU)

Gründung:

- 17. 6.1945: Gründung in Köln; Bekenntnis zum demokratischen Staat, der christlich, deutsch und sozial sein soll
- Gründung christlicher Volksparteien in allen vier Besatzungszonen auf Orts- und Landesebene (z.B. Jakob Kaiser, Berlin)
- allmähliches Zusammenfinden von Katholiken und Protestanten → überkonfessionelle Partei
- Dez. 1945: Einigung auf den Namen "Christlich Demokratische Union" für alle christlichen Volksparteien (Ausnahme: Bayern)
- 1. 2.47: **Ahlener Programm** der CDU der britischen Zone mit starken sozialistischen Tendenzen im Bereich der Wirtschaft (Vergesellschaftung der Montanindustrie, behördliche Kontrolle von Großbetrieben, Mitwirkung von Arbeitern in Aufsichtsorganen, Kartellgesetze)
- erhebliche Gegensätze in der Partei:
 - a) christlicher Sozialismus (Schwerpunkt Berlin) → spätere Sozialausschüsse
 - b) konservativ-liberale Richtung (Norden)
 - c) konservative Richtung (Adenauer)

Selbstverständnis:

Die CDU sieht sich seit der Festlegung einer einheitlichen politischen Linie als

- religiös orientierte Volkspartei
- mit konservativer Grundhaltung →
 - a) Absage an frühere sozialistische Tendenzen
 - b) Entscheidung für eine freie Marktwirtschaft
- Trägerin einer christlich-humanistischen Weltanschauung, deren Grundlagen in das politische Leben eingebracht werden sollten

Ziele

- politische Führung in einem zu schaffenden Deutschland
- freie Marktwirtschaft; entschiedene Ablehnung jeglicher planwirtschaftlicher Tendenzen
- Vorrang der staatlichen Souveränität gegenüber der Wiedervereinigung, die durch
- strikte Westintegration erreicht werden soll → militärischer Beitrag und Wiederaufrüstung Deutschlands
- Die Wiedervereinigung soll mit Hilfe der Westmächte aus einer "Politik der Stärke" heraus (Adenauer) erreicht werden
- Deutschland als Bundesstaat

2.3. Die Christlich-Soziale Union (CSU)

Gründung:

- 1945: Gründung durch Adam Stegerwald in Würzburg
- nach Stegerwalds Tod Schwerpunktverlagerung nach München
- Dez. 1945: die CSU wird zur Landespartei, erster Vorsitzender: Josef Müller ("Ochsen-Sepp")

Selbstverständnis und Ziele

- die Partei soll eine "Brückenbau-Partei" sein, die eine Verbindung herstellt zwischen Stadt und Land, Katholiken und Protestanten, christlich-kulturellen und sozialen Prinzipien
- sie sieht sich als eigenständige christliche Volkspartei in Bayern
- sie tritt entschieden für ein föderalistisches Deutschland ein, in dem sich Bayern seine Eigenstaatlichkeit erhalten kann

2.4. Die Freie Demokratische Partei (FDP)

Gründung:

- unmittelbar nach Kriegsende spontaner Zusammenschluss liberal gesinnter lokaler Gruppen (Berlin: LDP; Württemberg: DVP; Bayern: FDP)
- allmählich Zusammenschluss zu Landes- und Zonenverbänden, zuerst in der SBZ, dann in der britischen und amerikanischen Zone
- 1948: Konstituierung als FDP auf den **Heppheimer Parteitag**. Erster Vorsitzender: Theodor Heuss

Selbstverständnis und Ziele

- Fortführung der liberalen Tradition der DDP und der DVP. Besonders werden betont:
 - a) weltbürgerliche Tendenzen
 - b) Forderung nach den "Vereinigten Staaten von Europa" im Verband der "Vereinigten Staaten der Erde"
- auf dem Wirtschaftssektor setzt sich schließlich der württembergische Liberalismus (freies Spiel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte) gegen eine in Nordrhein-Westfalen bevorzugte zentralistische

- Wirtschaftsplanung durch
- Rückbesinnung auf traditionelle liberale Wertbegriffe wie Freiheit, Menschenwürde, Nation.

2.5. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

- 10. 6.1945: Zulassung für alle Zonen
- 11. 6.1945: Verkündung erster Richtlinien
 - a) Enteignung der Nationalsozialisten und Großgrundbesitzer
 - b) Verstaatlichung lebenswichtiger Versorgungsbetriebe
 - c) parlamentarische Demokratie, Ablehnung des Sowjetsystems für Deutschland
- das Zentralkomitee der KPD fordert die Führung aller kommunistischen Gruppierungen in Deutschland. Die Westmächte lehnen diesen Anspruch ab mit der Begründung, es sei falsch, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, denn es entspreche nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen.

2.6. Kleinere Parteien

Das Zentrum (Z)

- nach 1945 auf Nordrhein-Westfalen beschränkt
- die Mitglieder gehen fast ausschließlich zur CDU über

Die Niedersächsische Landespartei (NLP)

- entsteht aus der Tradition der "Welfenpartei"
- konservativ, föderalistisch, antigewerkschaftlich

Die Bayernpartei (BP)

- auf Bayern beschränkt
- integriert die von der Besatzungsmacht nicht genehmigte "Bayerische Heimat- und Königspartei"
- wesentliches Ziel ist ein souveränes Bayern

Die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)

- etabliert sich als Vertretung der Flüchtlinge und der Heimatvertriebenen
- bleibt auf Bayern beschränkt

Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)

- regionale Gruppierungen zur Vertretung der Interessen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen
- politische Heimat für die durch die Entnazifizierung Enttäuschten und Verbitterten

Rechtsgruppierungen:

- die "Deutsche Reichspartei" (DRP); sehr konservativ und national
- die "Sozialistische Reichspartei" (SRP); wird 1952 als Nachfolgeorganisation der NSDAP verboten
- in den 60er Jahren erreichte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) eine gewisse Bedeutung, die jedoch zu Beginn der 70er Jahre stark schwand

2.7. Grundzüge der Parteienentwicklung

- zunächst Gefahr eines Vielparteiensystems à la Weimar (im 1. BT sind 11 Parteien vertreten)
- starke Konzentrationsbewegung, die mit dem 2. BT und dem neuen Wahlrecht (Klauseln) einsetzt und kontinuierlich verläuft (6 Parteien, 3. BT -> 4 Parteien)
- seit der 4.BT-Wahl 1961 existieren im Parlament die "Großen Drei"

3. Wirtschafts- und sozialpolitische Vorentscheidungen

Sozialpolitik im engeren Sinn sorgt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten für menschenwürdige Lebensverhältnisse der arbeitenden, arbeitsunfähigen und arbeitslosen Menschen und für die Optimierung der Arbeitsbedingungen.

Sozialpolitik im weiteren Sinn regelt darüber hinaus die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter an innerbetrieblichen personalen und sozialen Angelegenheiten. Sozialpolitik wird von Gewerkschaften und Unternehmen durch Vereinbarungen und von den Parlamenten durch Gesetze gestaltet.

- anstelle der sozialistisch, christlich bzw. liberal orientierten Gewerkschaften sollte eine **neutrale Einheitsgewerkschaft** entstehen
- noch vor der Potsdamer Konferenz in der SBZ → "Freier Deutscher Gewerkschaftsbund" (FDGB)
 - zentrale Spitze für die einzelnen Industriegewerkschaften
 - entscheidende Positionen von Kommunisten besetzt → Streiks
 - überflüssig, da die meisten Betriebe Volkseigentum sind
 - 1946 Wahlen → vorwiegend SED-Mitglieder
- in den Westzonen stufenweiser Aufbau der Gewerkschaften von unten nach oben, und zwar als parteipolitisch neutrale Einheitsorganisation
 - föderalistische Struktur
 - weitgehende Entscheidungsfreiheit für die Untergliederungen
 - Bundesvorstand der Industriegewerkschaften kann nur bei deren Übereinstimmung koordinierend tätig werden
 - 1949: Zusammenfassung der Gewerkschaften zum "Deutschen Gewerkschaftsbund" (DGB)
 - Hauptaufgabe: Aushandeln kollektiver Tarifverträge zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit
 - Streik als Kampfmittel, wenn erforderlich

Bis zur Gründung der BR Deutschland kamen wegen der katastrophalen Versorgungslage Streiks nicht in Frage. Dagegen forderten die Gewerkschaften bald nach ihrer Gründung die **paritätische Besetzung** der Aufsichtsräte der Großindustrie durch Vertreter der Kapitaleigner und der Arbeitnehmer. In den Aufsichtsräten fallen die grundlegenden unternehmerischen Entscheidungen. Hier hatten sie aufgrund der Nachkriegssituation Erfolg: Die Großbetriebe sollten nämlich entflochten, d.h. in Mittelbetriebe aufgeteilt werden, um jene wirtschaftliche Machtkonzentration zu beseitigen, durch die Hitlers Machtergreifung unterstützt worden war. Die deutschen Manager aber fürchteten - ebenso wie die Gewerkschaften - bei einer Entflechtung der Verlust ihrer Konkurrenzfähigkeit und einigten sich daher im Bereich der **Montanindustrie** (Bergbau und Schwerindustrie) auf das geforderte Mitbestimmungsmodell. Danach werden Aufsichtsräte paritätisch mit Vertretern der Kapitaleigner und Arbeitnehmer sowie einer Person in unabhängiger Position besetzt. Der Vorstand (technischer und kaufmännischer Direktor) wurde um einen **Arbeitsdirektor** erweitert, der das Personalwesen leitet. Er wird im Einvernehmen mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften berufen. Dieses Modell wurde später in seinen Grundzügen auf alle Unternehmen **mit über 2000 Beschäftigten** ausgedehnt.

Staatliche Wirtschaftspolitik regelt die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft und schafft Gesetze, die den Rahmen für unternehmerische Entscheidungen bilden.

- in der SBZ 1946/47 tiefgreifender Wandel in den Besitzverhältnissen
 - Enteignung aller Großgrundbesitze über 100 Hektar (1/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche)
 - Bauern aus den Ostgebieten und Landarbeiter erhalten Höfe von 2,5 bis 10 Hektar, die kaum lebensfähig waren
 - Unternehmer (Kriegsgewinnler, NS-Aktivist) verlieren ihre Betriebe → Umwandlung in "Volkseigene Betriebe" (VEB) der Länder und Gemeinden; z.T. "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG) wegen russischer Reparationsansprüche
- die Reparationsentnahme der UdSSR hatte zur Folge, dass die wirtschaftliche Erholung und der Aufschwung sich der SBZ später und langsamer einstellten
- Im Westen gab es nur wenige Großgrundbesitzer → Abtretung eines Teiles ihrer Länder (gegen Entschädigung) für neue Bauernhöfe
- Bankwesen und Industrie → keine Enteignungen
- in Hessen und Nordrhein-Westfalen zwar von den Landtagen Sozialisierung von Großbetrieben beschlossen, aber von den Alliierten untersagt)

Vor allem die USA drängen seit 1946 auf eine wirtschaftliche Stabilisierung Deutschlands im Interesse einer Wiederbelebung der westeuropäischen Industrie.

20. 7.46: Der amerikanische Militärgouverneur schlägt seinen drei Kollegen die wirtschaftliche Verbindung der Besatzungszonen vor. Großbritannien stimmt aufgrund seiner ungünstigen finanziellen Situation zu, Frankreich und die UdSSR lehnen ab.

9. 8.46: Erste bizonale Wirtschaftsbehörden nehmen ihre Arbeit auf.

1. 1.47: Die Bi-Zone tritt in Kraft.

Nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz und der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz

verstärken die USA den Ausbau der Bi-Zone.

23. 6.47: Der neugeschaffene "Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet" tritt in Frankfurt zusammen (à Ludwig Erhard)

(1.deutsches Nachkriegsparlament mit Wirkung der Beschlüsse über ein Land hinaus; 52 Abgeordnete aus den 8 Ländern der Bizone)

- seit 1948 legten die Westalliierten Wert auf einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau à die Westzonen werden in den Marshall-Plan miteinbezogen
 - Voraussetzung war die Wiederherstellung des zerrütteten Gleichgewichts von Warenangebot und Kaufkraft durch eine **Währungsreform**
 - 21. 6.1948: Währungsreform in den Westzonen
 - 40 DM "Kopfgeld" für jeden Bewohner; später noch einmal 20 DM
 - Bank- und Sparguthaben 10 : 1 bis DM 250.- ; im Oktober 1948 à Bank- und Sparguthaben auf 6,5% reduziert! (100 DM = 6,50 DM)
 - Schulden auf 10% reduziert
 - Eigentümer von Sachwerten können ihren Besitz nahezu vollständig behalten (nur langfristiger Lastenausgleich für Kriegsgeschädigte)! Sozialpolitisch ungerecht, wirtschaftspolitisch optimal ---
 - » die zurückgehaltenen Waren wurden schlagartig zum Kauf angeboten, Arbeit und Leistung lohnten sich wieder
- Ludwig Erhard, verfielt die Theorie der "Sozialen Marktwirtschaft" à Voraussetzung für das "Wirtschaftswunder" ---» eigenmächtige Beendigung der Zwangsbewirtschaftung in Deutschland (24.6.1948) durch das "Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Währungsreform" à Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit steigen zunächst; ab 1949 beruhigen sich die Preise.